



Castrop-Rauxel
Europastadt im Grünen

Der Bürgermeister

Bereich: Finanzen
Az: 20-11-20
Datum: 20.11.2008

2008/326
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	09.12.2008	6
Rat der Stadt	11.12.2008	

Betreff

Finanzcontrolling: Unternehmensbericht November 2008

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Unternehmensbericht November 2008 zur Kenntnis.

Beisenherz

Tesch

Sachverhalt

Der Unternehmensbericht prognostiziert

für den **Verwaltungshaushalt** **Budgetverbesserungen** von **rd. 3.532 T€** und
für den **Vermögenshaushalt** **Budgetverbesserungen** von **rd. 378 T€**.

Die Prognosen für das Allgemeine Finanzbudget und die einzelnen Betriebe fallen zum Controllingstichtag sehr unterschiedlich aus. Während das Allgemeine Finanzbudget eine deutliche Verbesserung im Verwaltungshaushalt ausweist, verläuft hier die Entwicklung der Finanzen in den Betrieben sehr unterschiedlich. Während der Betrieb 1 und der Betrieb 3 Verbesserungen erwirtschaften können, fallen die Prognosen für die Unternehmenszentrale und den Betrieb 2 negativ aus, da mit Verschlechterungen zu rechnen ist. Die Prognose für den Verwaltungshaushalt ist auch zu diesem Zeitpunkt des Finanzcontrollings noch mit Risiken behaftet. Die Wahrscheinlichkeit, dass die prognostizierten Ergebnisse eintreten werden, ist allerdings zum jetzigen Zeitpunkt schon sehr hoch, da das Jahr schon sehr weit fortgeschritten ist.

Verwaltungshaushalt

Die Prognose für das **Allgemeine Finanzbudget** weist für den **Verwaltungshaushalt** eine **Verbesserung** von **rd. 2.399 T€** aus. Ursachen hierfür sind Verbesserungen von rd. 4.711 T€ durch Mehreinnahmen insbesondere bei den Gewerbesteuern, beim örtlichen Anteil an der Lohn- und Einkommensteuer sowie bei der Hundesteuer, der Gewerbesteuervollverzinsung, den Abschlagsbeträgen des Landes zum Soli-Beitrag, den Konzessionsabgaben und den Umsatzsteuererstattungen. Demgegenüber stehen Verschlechterungen von rd. 2.313 T€ durch Mehrausgaben bei der Gewerbesteuerumlage, der Kreisumlage, den Zinsen für Kassenkredite, der zusätzlichen Verlustabdeckung FORUM, den Zinszahlungen für überzahlte Landesmittel sowie durch Mindereinnahmen bei den Vergnügungs-, Grund- und Zweitwohnungsteuern und den Schlüsselzuweisungen.

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer entwickeln sich derzeit weiterhin sehr positiv (Prognose: Verbesserung 3.427.500 €). Da das Aufkommen immer sehr starken Schwankungen unterworfen ist, besteht auch zum Zeitpunkt des derzeitigen Finanzcontrollings noch immer ein gewisses Prognoserisiko. Die weitere Entwicklung muss daher abgewartet werden.

Die Verwaltung hat zuletzt mit Sitzungsvorlage 2007/233 zum Finanzcontrolling August 2007 über verschiedene Maßnahmen im Derivatbereich berichtet. Nachstehend möchte die Verwaltung einen weiteren Zwischenbericht abgeben.

Der Einsatz von Finanzderivaten erfordert eine nachhaltige und intensive Beobachtung der Zins-, Geld- und Kapitalmärkte. Aufgrund der aktuellen Ereignisse am Finanzmarkt und der sehr schwer einzuschätzenden Marktentwicklungen hat die Verwaltung von dem Abschluss weiterer Derivatgeschäfte abgesehen. Der Bestand der Rücklage aus bisherigen Derivatgeschäften beträgt daher weiterhin unverändert 605.389,29 €.

Der **Verwaltungshaushalt** für die **Unternehmenszentrale** weist eine **Verschlechterung** von **rd. 28 T€** aus. Diese Prognose geht aus von Verschlechterungen von rd. 537 T€ durch Mehrausgaben bei den Personalausgaben und Planungskosten sowie durch

Mindereinnahmen bei der Landeszuweisung Habinghorst Süd, Stundungszinsen und Bußgeldern. Verbesserungen von rd. 509 T€ resultieren aus Mehreinnahmen bei Erstattung der GKD-Umlage aus Vorjahren, Erstattungen für die Internetnutzung, Vollstreckungsgebühren und sonstigen Finanzeinnahmen sowie aus Minderausgaben bei den Planungskosten, den Geschäftsausgaben, Erstattungen an den EUV/AöR und die GKD sowie bei den Ausgaben für die NKF-Einführung.

Der **Betrieb 1** prognostiziert eine **Verbesserung** von **rd. 1.100 T€**. Ursachen hierfür sind Verbesserungen von rd. 1.259 T€ durch Mehreinnahmen bei der Inanspruchnahme Bestattungspflichtiger, Gebühren aus der Parkraumbewirtschaftung, Verwarnungsgelder im ruhenden Verkehr, Verwaltungsgebühren, Gebühren Meldewesen, Gebühren Rettungswesen und Umsatzsteuererstattungen bei den Bädern sowie Landeszuweisungen. Verbesserungen durch Minderausgaben ergeben sich für Zentrale Versicherungen, für lfd. Hilfen/Krankenhilfen für Asylbewerber und bei den Planungskosten für Ampelanlagen. Verschlechterungen von rd. 159 T€ ergeben sich aus Mehrausgaben bei Erstattungen an die Bundesdruckerei sowie durch die Gestellung von Notärzten. Mindereinnahmen sind bei den Gaststättenerlaubnissen, Gebühren Einbürgerungen, Erstattungen des Landes sowie bei den Landeszuweisungen und den Benutzungsgebühren für Bäder zu verzeichnen.

Im **Betrieb 2** ergibt sich eine **Verschlechterung** von **rd. 64 T€**. Diese Prognose geht aus von Verschlechterungen von rd. 736 T€ durch Mehrausgaben für Erstattungen ARGE, Nachzahlungen für Betriebskosten der Schule Oberwiese/Waltrop und Paul-Dohrmann-Schule/Waltrop, lfd. Kosten für den gemeinsamen Unterhalt von Müttern, Vätern und Kindern, lfd. Leistungen Vollzeitpflege und lfd. Leistungen Heimerziehung. Verbesserungen von rd. 671 T€ werden prognostiziert durch Mehreinnahmen aus Personalkostenerstattungen, Erstattung der Bundesagentur für Arbeit/Versicherungsleistungen, Verbesserungen im Kindergartenbereich, Fördermittel BIP, Abrechnung des Kreises - Anteil BSHG-Einnahmen- sowie Verwaltungsgebühren. Zu Minderausgaben kommt es bei den Schülerbeförderungskosten, beim betriebsärztlichen Dienst, der baulichen Unterhaltung, Ausgaben für Geräte und Ausstattung, Aufwendungen für Bedienstete, Geschäftsausgaben sowie bei den Prozesskosten und Gebühren.

Der **Betrieb 3** meldet **Verbesserungen** von **rd. 125 T€** im **Verwaltungshaushalt** durch Mehreinnahmen bei Mieten/Pachten, Erbaurecht/Erbpacht, Umsatzsteuern, Ersatz/Erstattungen/Rückzahlungen, Baugebühren, Bußgeldern, Erstattung von Straßenreinigungsgebühren und Erstattungen vom Kreis für die Unterhaltung von Verkehrssignalanlagen. Minderausgaben sind bei der Kostenerstattung an den Kreis für den Gutachterausschuss, Geschäftsausgaben, Optimierung der Entsorgung Sportplatz Bahnhofstraße, Mieten/Pachten, Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeiten, Ausgleichszahlungen für Umlegungen, Straßenunterhaltung und der Unterhaltung der Verkehrssignalanlagen des Kreises zu verzeichnen. Die Verbesserungen belaufen sich auf 524 T€.

Mehrausgaben ergeben sich für die bauliche Unterhaltung, Steuern, Planungskosten Sportstätten, Geschäftsausgaben, Stundungszinsen und die Straßenbeleuchtung. In Verbindung mit Mindereinnahmen im Umlegungsverfahren, bei den Betriebskostenerstattungen durch die FORUM und Verwaltungsgebühren beläuft sich die Verschlechterung auf rd. 398 T€.

Vermögenshaushalt

Für den **Vermögenshaushalt** des **Allgemeinen Finanzbudgets** ergeben sich derzeit Verbesserungen durch Mehreinnahmen aus investiven Abschlagsbeträgen des Landes zum Soli-Beitrag, Erlösen aus Grundstücksverkäufen, vorzeitiger Tilgung von Arbeitgeberdarlehen sowie durch Minderausgaben bei der Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung und dem Erwerb von Grundstücken. Mindereinnahmen sind bei den Kreditaufnahmen zu verzeichnen.

In der **Unternehmenszentrale** ergibt sich eine Verbesserung von 38 T€ . Diese resultiert aus Mehreinnahmen bei den Zuschüssen der Emscher-Genossenschaft, Zuweisungen sowie aus Minderausgaben für die Abkoppelung des Dornbachs und der Sanierung des Hammerkopfturms. Die Verbesserungen summieren sich auf rd. 78 T€. Verschlechterungen in Höhe von 40 T€ ergeben sich aus der geringeren Landeszuweisung für die Abkoppelung des Dornbachs.

Der **Betrieb 3** meldet eine **Verschlechterung** von **rd. 50 T€**. Diese ergibt sich durch Verbesserungen von rd. 830 T€ durch Mehreinnahmen für die Photovoltaikanlage KiGa Lummerland, Zuschuss der Emscher-Genossenschaft für die Abkoppelung des Oberflächenwassers GS AM Busch, Kostenbeteiligung Dritter sowie durch Minderausgaben bei Baumaßnahmen (KiGa Lummerland, Willy-Brandt-GS, Jugendzentrum Ickern, Busumfahrt Hallenbad, GS Am Busch, GS Erich-Kästner, Sportplatz Bahnhofstraße, Baumaßnahmen In der Fühle, Brücke Waldenburger Straße, Entschädigungsleistungen Verlängerung der Stahlbaustraße, Deckenerneuerungen, Anlegung und Befestigung von Bürgersteigen). Demgegenüber stehen Verschlechterungen von rd. 880 T€ durch Mehrausgaben für Rückzahlungen überzahlter Landesmittel, Kostenerstattung an den EUV, Schlussrechnung LEG für den Mittelstandspark Ost sowie durch Mindereinnahmen bei den KAG-Beiträgen, dem Zuschuss Energiefonds Jugendzentrum Ickern, Absetzung von Haushaltseinnahmeresten für die Landeszuweisungen Verlängerung Stahlbaustraße und Bahnhofstraße.

Für den **Vermögenshaushalt** der **Betriebe 1 und 2** ergeben sich derzeit keine Veränderungen.

Anlagen